

**N I E D E R S C H R I F T****37. Sitzung des Jugendhilfeausschusses**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 01.03.2018
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	19:35 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,

Anwesende Mitglieder**Vorsitz**

Tim Klüssendorf- SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Jörn Puhle- SPD

Aydin Candan- SPD

Katja Mentz- grün+alternativ+links (GAL)

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Jose Maria Bernet- Lübecker Jugendring

Vertretung für: Frau Kathrin Ziese, bis 18:15 Uhr, TOP 5.1.

Pastorin Dörte Eitel- AG freier Wohlfahrtsverbände

Hannelore Fahl- CDU

Vertretung für: Frau Dagmar Hildebrand, bis 19:00 Uhr, TOP 6.1

Joachim Giesenberg- Lübecker Jugendring

bis 18:15 Uhr, TOP 5.1

Anka Grädner- Bü90/DIEGRÜNEN

Thomas Grams- AG freier Wohlfahrtsverbände

Vertretung für: Frau Vera-Simone Kuzla

Eveline Kuring-Arent- AG freier Wohlfahrtsverbände

Sandra Pereira da Silva David- Lübecker Jugendring

bis 18:21 Uhr, TOP 5.1

Sven Quirder- SPD

Vertretung für: Frau Nicole Vollert

Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht

Birgit Reichel- 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt

Christian Weise- Kreiselternvertretung

Klaus-Peter Jürgensen- Fachbereichsdienste FB 4

Fritz Knispel- BfL

bis 19:08 Uhr, TOP 8.1

Andreas Müller- FREIE WÄHLERDIE LINKE

Lutz Regenbergs Mitglied der Fachgruppe HZE

Petra Scharrenbergs 4.510 Familienhilfen / Jugendamt

Vertretung für: Frau Renate Junghans

Verwaltung

Schulrat Helge Daug- Schulamt in der Hansestadt Lübeck	
Reinhard Glenk- Schule und Sport	
Philipp Köhler-	
Senatorin Kathrin Weiher- FB 4 - Kultur und Bildung	
Petra Albrecht- Jugendhilfeplanung	
Renate Heidig- Jugendhilfeplanung	
Angelika Kramm- FBC FB 4	
Kathrin Rösel- 4.511 Städtische Kindertagesstätten	
Petra Schmittner- 1.160 Frauenbüro	bis 18:48 Uhr, TOP 5.2
Protokollführung	
Dana Gladasch-	
Gäste	
Andrea Baum-	
Joachim Karschny- KinderWege gGmbH	
Juleka Schulte-Ostermann- Elterninitiativer Hortretter	
Sonstige Personen	
Inge Hennig- Seniorenbeirat	bis 18:48, TOP 5.2
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Felix Untermann- CDU	- keine Teilnahme -
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Dagmar Hildebrand- CDU	- keine Teilnahme -
Vera-Simone Kuzla- AG freier Wohlfahrtsverbände	- entschuldigt -
Nicole Vollert- SPD	- entschuldigt -
Horst Wargenau- CDU	- keine Teilnahme -
Kathrin Ziese- Lübecker Jugendring	- entschuldigt -
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Renate Junghans- 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	- entschuldigt -
Timon Kolterjahn- FDP	- keine Teilnahme -
Marie-Luise Lehmann- Stadelternvertretung	- keine Teilnahme -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Niederschriften vom 01.02.2018
3.	Anliegen der Jugend
3.1.	Vorstellung Stiftung Haus der kleinen Forscher
4.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
4.1.	Anfrage an die Verwaltung vom AM Eveline Kuring-Arent zum gefassten Beschluss aus der Jugendhilfeausschusssitzung vom 01.02.2018 (VO/2017/05539) "Horte erhalten" Vorlage: VO/2018/05884
4.2.	Mitteilungen der Verwaltung
4.2.1.	Vorstellung Fr. Rösel (neue Bereichsleitung Kita)
4.2.2.	Medienerziehung in Kindertageseinrichtungen
4.2.3.	ungeplante Ausfallzeiten in Kindertageseinrichtungen
4.2.4.	Reform des Unterhaltsvorschusses - erste Zwischenbilanz 2017
4.2.5.	Inobhutnahmeeinrichtungen
4.2.6.	organisatorische Veränderungen in den Beratungsstellen des Bereiches Familienhilfen / Jugendamt
4.2.7.	Nachbarschaftsbüros der Hansestadt Lübeck
4.2.8.	Anfrage nach legalen Graffiti-Flächen (aktueller Stand)
4.2.9.	Ausschusssitzungen zw. dem 06.05. und der konstituierenden Sitzung der Bürgerschaft
5.	Berichte
5.1.	Bericht auf Grundlage von VO Nr. 5496 aus der Bürgerschaftssitzung vom 30.11.17 Austauschvorlage zu VO 2017/05171 - Bericht zu der Entwicklung einer Jugendberufsagentur in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2018/05797
5.2.	Integrationsmonitoring

	Indikatoren zum Stand der Integration in der Hansestadt Lübeck Zwischenbericht 2016/2017 Vorlage: VO/2018/05793
6.	Beschlussvorlagen
6.1.	Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung (Bedarfsplan i.S. v. § 7 KiTaG) Maßnahmenplanung Kindergartenjahr 2018/19 ff. Vorlage: VO/2018/05729
7.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
8.	Anträge von Ausschussmitgliedern
8.1.	AM Katja Mentz (GAL): Bedarfsgerechte Kinderbetreuung und mögliche Synchronisierung von Schließzeiten Vorlage: VO/2017/05519
8.2.	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Antrag des Ausschussmitglieds Anka Gräd- ner - Betreuungsbedarf in Kindertageseinrichtungen feststellen Vorlage: VO/2018/05682
8.3.	Dringlichkeitsantrag AM Katja Mentz & AM Anka Grädner: Interessenvertre- tung der Kindertagespflege im Jugendhilfeausschuss Vorlage: VO/2018/05868
8.4.	Dringlichkeitsantrag des AM Tim Klüssendorf: Horte erhalten Vorlage: VO/2018/05872
9.	Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Herr Klüssendorf eröffnet die 37. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Es liegt eine schriftliche Anfrage von Frau Kuring-Arent zur Tagesordnung vor, die unter TOP 4.1 beraten werden soll. Herr Klüssendorf fragt, ob mündliche Anträge zur Tagesordnung gestellt werden. Dies ist nicht der Fall.

Weiterhin gibt es 2 Dringlichkeitsanträge, die unter TOP 8.3 und 8.4 aufgenommen werden sollen. Frau Mentz und Herr Klüssendorf erklären die Dringlichkeit ihrer Anträge zu den Themen Interessenvertretung der Kindertagespflege im Jugendhilfeausschuss und Horte erhalten.

Herr Klüssendorf lässt über die Dringlichkeit beider Anträge abstimmen.

Der Ausschuss bejaht die Dringlichkeit einstimmig.

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Herr Klüssendorf schlägt vor den TOP 8.4 gemeinsam mit dem TOP 4.1 zu beraten, aufgrund des thematischen Sachzusammenhangs. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Die Tagesordnung wird damit unter Erweiterung der Tagesordnung um die Punkte 4.1 – Anfrage von Frau Kuring-Arent, 8.3 - Dringlichkeitsantrag AM Katja Mentz und AM Anka Grädner und 8.4 – Dringlichkeitsantrag des AM Tim Klüssendorf einstimmig festgestellt.

Herr Klüssendorf erklärt, dass die kurzfristig eingestellte Anfrage von Herrn Müller zur Kindertagespflege, in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung genommen wird.

zu 2 Niederschriften vom 01.02.2018

Frau Kramm berichtet von der Stellungnahme des Rechtsamtes zum Beschluss über den Antrag VO/2017/05539 – Horte erhalten, aus der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Daraus geht hervor, dass der Beschluss des Ausschusses weder formal, noch inhaltlich einen verbindlichen Handlungsauftrag für die Verwaltung darstellt, da er sich nicht im Rahmen der von der Bürgerschaft gefassten Beschlüsse auch zur haushaltsmäßigen Ordnung bewegt, und somit die Kompetenzen des Jugendhilfeausschusses überschreitet.

Schriftliche Änderungsanträge zur Niederschrift liegen nicht vor. Herr Müller bat vor Beginn der Sitzung mündlich um eine redaktionelle Änderung unter TOP 4.2.1. Nach seiner Meinungsäußerung zum Abbau der Horte, soll bitte ein Absatz eingefügt werden, damit kein

inhaltlicher Zusammenhang zum darauffolgenden Satz entsteht. Herr Klüssendorf fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob weitere mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift der 36. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 01.02.2018 vorgebracht werden. Dies ist nicht der Fall.

Die Niederschrift ist damit festgestellt.

zu 3 Anliegen der Jugend

zu 3.1 Vorstellung Stiftung Haus der kleinen Forscher

Herr Klüssendorf begrüßt Frau Baum, die anhand einer Präsentation die Arbeit der Stiftung Haus der kleinen Forscher vorstellt.

Frau Weiher weist in diesem Zusammenhang auf die Reihe „Mini-Master“ und auf den „Junior-Campus“ hin. Das Wissenschaftsmanagement läuft in der bisherigen Form zwar aus, aber einzelne Projekte werden weiterhin mit Projektmitteln fortgesetzt. Frau Weiher empfiehlt Frau Baum Kontakt mit Frau Kasimir aufzunehmen.

zu 4 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 4.1 Anfrage an die Verwaltung vom AM Eveline Kuring-Arent zum gefassten Beschluss aus der Jugendhilfeausschusssitzung vom 01.02.2018 (VO/2017/05539) "Horte erhalten" Vorlage: VO/2018/05884

Aufgrund der inhaltlichen Übereinstimmung wird dieser TOP gemeinsam mit dem TOP 8.4 beraten.

Frau Kramm trägt die Anfrage von Frau Kuring-Arent vor und erklärt, dass sich die erste Frage bereits durch die Ausführungen zu TOP 2 und die Stellungnahme des Rechtsamtes erledigt hat.

Zu Frage 2 erklärt Frau Heidig, dass zurzeit 158 Kinder in 11 Horten betreut werden. Bis zu 6 Elementargruppen könnte man durch einen Umbau einrichten.

Herr Jürgensen führt zu Frage 3 aus, dass die umzusteuern Mittel dann nicht zur Verfügung stehen und dass 3 Ganztagsgruppen Plus deshalb nicht umgesetzt werden könnten. Frau Albrecht ergänzt, dass es sich hierbei um die Standorte Gotthard-Kühl, Marli und Dom-Schule handelt.

Die Frage 4 beantwortet Herr Jürgensen mit dem Hinweis, dass es im Rahmen der Trägerautonomie liegt, wie die Angebotsgestaltung im Einzelnen erfolgt. Die Verwaltung bemüht sich um eine konsensorientierte Lösung. Der Beschluss des Jugendhilfeausschusses aus der letzten Sitzung bindet die Träger nicht, dennoch werden Gespräche anlässlich der entsprechenden Beratungen im Ausschuss geführt.

Frau Kramm ergänzt, dass deshalb aktuell zur Jugendhilfe- und Maßnahmeplanung Kindertagesbetreuung zunächst nur ein erster Teil vorgelegt werde. Im 2. Teil werden in einer der nächsten Sitzungen die Vorschläge der Verwaltung zur Schulkindbetreuung folgen.

Herr Klüssendorf erklärt, dass sein Antrag neben der Verfahrenskorrektur eine Ergänzung des Antrages „Horte erhalten“ aus der letzten Sitzung darstellt. Dies sind die Punkte Finanzierung, Umsetzung mit Trägern der freien Jugendhilfe und Einrichtung einer Arbeitsgruppe für Fragen.

Frau Kramm verweist als fachlichen Input der Verwaltung für die inhaltliche Diskussion auf einen Film, der anschließend gezeigt wird.

Herr Puhle schlägt vor, den Antrag um folgenden 4. Punkt zu ergänzen:

„Die Verwaltung berichtet, welche finanziellen Auswirkungen es hat, wenn an jedem Schulstandort im Rahmen des Ganztages eine Ganztagsgruppe Plus eingerichtet wird.“

Frau Kuring-Arent lobt den Film und spricht die personelle und sächliche (Raum-) Ausstattung an, bei der noch großes Optimierungspotenzial vorhanden ist.

Frau Fahl spricht sich ausdrücklich für die Betreuung der Schulkinder an Schulen aus und fragt nach den Transportmöglichkeiten für die Kinder von der Schule in die Kita. Hinsichtlich des Kita-Angebots weist sie auf den Bedarf für viele berufstätige Mütter, gerade in Pflegeberufen hin, dass Betreuungsangebote bereits ab 06:00 Uhr vorgehalten werden müssten.

Herr Karschny von Kinderwege gGmbH meldet sich zu Wort. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Karschny widerspricht.

Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Karschny erklärt, wenn erweiterte Öffnungszeiten notwendig sind, könne dies im Einzelfall in den allermeisten Fällen geregelt werden. Weiterhin appelliert er an den Ausschuss, die Auswirkungen eines Beschlusses zum Erhalt der Horte entgegen der abgestimmten Planung zur Verlagerung der Schulkindbetreuung an die Grundschulen zu berücksichtigen. An der Dom-Schule zum Beispiel soll nach Auflösung des Hortes dort eine Ganztagsgruppe Plus entstehen, mit einem Standard, der über dem der Hortbetreuung liegt. Er beantragt, dass es den Trägern freigestellt wird, ob die Horte erhalten bleiben oder nicht.

Die bauliche Situation muss von der Diskussion Horte und offene Ganztagschule getrennt werden. Die Bauverwaltung verhindert oft flexibles Handeln bei baulichen Maßnahmen.

Auf Nachfragen von Frau Grädner erklären Herr Jürgensen, Frau Kramm und Herr Klüssendorf, dass der Film für die Gespräche auf Landesebene zur Verhandlung über die Neuregelung der Kitafinanzierung als Beitrag Lübecks vorbereitet worden sei, da Herr Jürgensen als

Mitglied der entsprechenden überregionalen Arbeitsgruppe vom Städtetag benannt worden sei. Der Film ist ca. 2 bis 3 Wochen alt.

Auf eine Nachfrage von Frau Grädner an Herrn Karschny macht dieser die Probleme mit der Bauverwaltung deutlich. Frau Weiher stellt die derzeitige personelle Situation im Gebäudemanagement dar. Zudem weist sie darauf hin, dass 7 Ganztagsprojekte im Haushalt 2018 angemeldet sind, aber dass der Haushalt noch nicht genehmigt ist.

Frau Mentz möchte die Einrichtung von Ganztagsgruppen Plus nicht von der Schließung der Horte abhängig machen.

Herr Puhle schlägt vor, den Antrag um einen weiteren Punkt, Punkt 5, zu ergänzen: „Die Verwaltung richtet umgehend eine Taskforce zum Thema „Bau im Rahmen von Kitas und Ganztage“ unter Einbeziehung der freien Träger ein.“

Frau Mentz möchte, dass die Überschrift geändert wird, da der Punkt 5 nicht mehr unmittelbar mit dem Erhalt der Horte zu tun hat. Herr Klüssendorf ändert die Überschrift wie folgt ab: „Betreuungssituation verbessern“

Eine Diskussion über den Punkt 2 des Antrages, dass ein Konzept dem Jugendhilfeausschuss zur Abstimmung vorgelegt werden soll, entsteht. Es sprechen Frau Eitel, Herr Klüssendorf, Frau Kramm und Herr Müller. Das Wort Abstimmung wird in Beratung geändert.

Auf eine Nachfrage von Frau Grädner zur Ganztagsgruppe Plus antwortet Herr Puhle.

Herr Klüssendorf lässt jeweils über die Ergänzungen und anschließend über den gesamten ergänzten und geänderten Antrag abstimmen (siehe TOP 8.4).

Beschluss:

Im Namen der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände bitte ich um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie wird von Seiten der Verwaltung mit dem Beschluss vom 01.02.2018 weiter umgegangen? (Verbindlichkeit, rechtliche Bindung)
2. Welche Folgen hat der Bestandserhalt an Hortplätzen für die Jugendhilfeplanung hinsichtlich der dann wegfallenden Möglichkeit der Umwandlung in Elementarplätze?
3. Welche Konsequenzen sind zu erwarten bezüglich der ursprünglichen Planung des Ausbaus der Plätze „Ganztage an Schule“?
4. Gibt es – bezogen auf die ursprüngliche Planung – bereits Vereinbarungen mit Trägern, die ggf. revidiert werden müssen? Falls ja, mit welchen Auswirkungen?

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.2.1 Vorstellung Fr. Rösel (neue Bereichsleitung Kita)

Frau Rösel stellt sich als neue Leitung des Bereiches städtische Kindertageseinrichtungen vor und berichtet kurz von ihrem bisherigen Werdegang.

zu 4.2.2 Medienerziehung in Kindertageseinrichtungen

Frau Reichel erklärt, dass es ein langjähriges Projekt mit dem Offenen Kanal zur Medienkompetenzförderung gibt. Nachdem zunächst ein Konzept für die Schulen entwickelt wurde, wird nun, zusammen mit dem Offenen Kanal Lübeck, ein Konzept für die Kindertageseinrichtungen entwickelt. Erste Fortbildungen dazu haben bereits stattgefunden und sind gut gelaufen.

zu 4.2.3 ungeplante Ausfallzeiten in Kindertageseinrichtungen

Herr Jürgensen erklärt, dass diese Übersicht der Ausfallzeiten die Fortsetzung der Erhebung aus 2017 ist. Die Übersicht wurde als Tischvorlage umverteilt und wird der Niederschrift beigefügt.

Herr Jürgensen erklärt die Zahlen aus der Übersicht. Die Ausfallzeiten sind geringer geworden und auch Gruppenschließungen gab es zum Ende des Jahres keine mehr. Herr Jürgensen geht davon aus, dass diese detaillierte Übersicht die entsprechende Anfrage abschließend beantwortet. Für die Träger und für die Hansestadt Lübeck ist der Aufwand der Erhebung sehr umfangreich.

Herr Weise und Herr Klüssendorf bedanken sich bei den Trägern und bei Herrn Jürgensen für die Erhebung der Ausfallzeiten.

zu 4.2.4 Reform des Unterhaltsvorschlusses - erste Zwischenbilanz 2017

Frau Scharrenberg berichtet, dass sich die Zahlen nach der Reform des Unterhaltsvorschlussesgesetzes (UHVVG) wie folgt entwickelt haben:

Zum Stand 31.12.2016 waren es knapp 2.000 laufende Unterhaltsvorschuss (UHV) Vorgänge gewesen. Zum 31.12.2017 verzeichnete der Bereich Familienhilfen ca. 3.500 Vorgänge. Seit der Reform des UHVVG wurden insoweit ca. 1.500 Neuanträge gestellt.

Dank der personellen Aufstockung konnte der Fallzahlsteigerung von 75% entsprechend Rechnung getragen werden. Aktuell sind 30 entscheidungsreife Anträge in der Bearbeitung, bei ca. 300 Anträgen sind Unterlagen angefordert. Die aktuelle Bearbeitungszeit liegt bei 3 Wochen, soweit die Unterlagen vollständig sind.

Die Ausgaben für den UHV in der Hansestadt Lübeck betragen für 2016 insgesamt 3,9 Mio. Euro und für 2017 insgesamt 4,9 Mio. Euro. Für das Jahr 2018 rechnet der Bereich mit ca. 7,2 Mio. Euro. Die Ausgaben werden vollständig über das Land Schleswig-Holstein erstattet.

Auf eine Nachfrage von Herr Puhle zu den Personalkosten antwortet Frau Scharrenberg.

zu 4.2.5 Inobhutnahmeeinrichtungen

Frau Scharrenberg erläutert, dass der Bereich Familienhilfen/Jugendamt gemeinsam mit der Vorwerker Diakonie kontinuierlich die Zahlen der Inobhutnahmen beobachtet. Die Inobhutnahmen für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (umA) sinken weiter deutlich. So wurden in 2017 66 umA in Obhut genommen worden, in 2016 waren es noch 170 umA. Seit 01.01.2018 mussten 10 umA in Obhut genommen werden. Aktuell befinden sich 4 umA in der Inobhutnahmestelle.

Die Notwendigkeit, umA in größerer Zahl versorgen zu müssen, tritt voraussichtlich nicht zeitnah wieder ein.

Demgegenüber steigen die Zahlen der Regel-Inobhutnahmen. Aus Anlass des Rückgangs bei den umA und auch der seit langem suboptimal versorgten Mädchen am jetzigen Standort ist die Idee entstanden, zu prüfen, inwieweit die freien Kapazitäten für die Unterbringung der Mädchen genutzt werden können, mit dem Ziel, einen Standort für die Inobhutnahme zu schaffen. Ursprünglich kam dieser Vorschlag vom Landesjugendamt im Rahmen einer Gesprächsrunde.

Die fachlich geforderte Trennung von Mädchen und Jungen in der Inobhutnahmestelle würde durch die zwei vorhandenen Gebäudekomplexe gewährleistet.

Zu den möglichen Anpassungen/Veränderungen der Inobhutnahmestelle erarbeitet die Vorwerker Diakonie in Abstimmung mit dem Bereich ein entsprechendes Konzept.

Es wird in Kürze einen ersten Ortstermin geben, an dem neben den Fachleuten des Jugendamtes und des Trägers, auch das Frauenbüro teilnehmen wird.

Sobald ein Grobkonzept für eine mögliche Unterbringung vorliegt, stellt der Bereich Familienhilfen/Jugendamt die Möglichkeit für eine Einladung der jugendpolitischen Sprecher, ggf. auch für andere Interessierte, zu einem Ortstermin in die Inobhutnahmestelle in Aussicht. Diese Vorgehensweise hat sich seinerzeit auch bei der Einrichtung der Inobhutnahmestelle für die minderjährigen Flüchtlinge bewährt.

Auf Nachfragen von Herrn Müller und Frau Mentz erklärt Herr Regenber die grundsätzliche Zuständigkeitsregelung zwischen AWO und Vorwerker Diakonie. Die Dauer der Inobhutnahme kann von 24 Stunden bis zu mehreren Wochen dauern. Erfahrungsgemäß bleiben Jungs länger in der Inobhutnahmeeinrichtung, dafür werden Mädchen meistens öfter in Obhut genommen.

Frau Mentz bittet, in einer der nächsten Ausschuss-Sitzungen, genauer über die Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen in der Hansestadt Lübeck zu berichten.

zu 4.2.6 organisatorische Veränderungen in den Beratungsstellen des Bereiches Familienhilfen / Jugendamt

Frau Scharrenberg informiert, dass unterschiedliche Veränderungen in den einzelnen Stadtteilen Lübecks sowie die Fallzahlentwicklungen der letzten Jahre im Allgemeinen Sozialen Dienst und das neue Feld der Arbeit mit Flüchtlingsfamilien zur Notwendigkeit geführt hätten, die Strukturen der Beratungsstellen den aktuellen Bedarfen entsprechend anzupassen.

Es erfolgt ein Zusammenschluss der Beratungsstelle Kücknitz mit der Beratungsstelle Adolph-Ehrmann-Straße. Frau Scharrenberg führt aus, dass die Beratungsstelle Kücknitz aktuell für ein heterogenes Einzugsgebiet zuständig ist. Da in Travemünde wegen der Altersstruktur wenige Hilfebedarfe sind, besteht die Beratungsstelle nur aus einem kleinen Team, das schwerpunktmäßig Leistungen für Kücknitz anbietet. Die geringe Personalausstattung (5 Planstellen) hat in der Vergangenheit immer wieder zu nicht verantwortbaren Engpässen geführt. Der Zusammenschluss dient der Entlastung und Optimierung der Personalsituation. Durch das dann neu entstehende große Team mit 5 plus 10,5 Planstellen wird die erforderliche Flexibilität in der Aufgabenwahrnehmung geschaffen. Der Standort Kücknitz (Kirchplatz) bleibt erhalten, da dieser als Anlaufstelle für die BürgerInnen und für das Netzwerk vor Ort unverzichtbar ist.

Der Zusammenschluss setzt Leitungskapazitäten in Kücknitz frei, die zukünftig in der Beratungsstelle Moislinger Berg eingesetzt werden. Dieser Standort hat seit Jahren mit einer überdurchschnittlich hohen Personalfuktuation zu kämpfen. Der Einsatz der seit vielen Jahren erfahrenen Leitungskraft soll zur Stabilisierung beitragen.

Ebenfalls vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Stabilisierung ist darüber hinaus eine Aufteilung des großen Einzugsbereiches vorgesehen.

Bisher ist die Beratungsstelle Moislinger Berg für die Stadtteile Moisling, Buntekuh, St. Jürgen und den Hochschulstadtteil zuständig. Dieses sehr große Einzugsgebiet umfasst Stadtteile mit unterschiedlichster Bevölkerungs-/Einkommensstruktur und verschiedenen „Brennpunkten“. Entsprechend komplex sind die Anforderungen an die Leitung und die sozialpädagogischen Fachkräfte.

Es ist deshalb beabsichtigt, den Standort bezüglich der Zuständigkeiten in 2 Abteilungen für die verschiedenen Stadtteile (Team Moisling und Team St. Jürgen) aufzugliedern:

- eine Abteilung für die Stadtteile St. Jürgen und den Hochschulstadtteil (mit Kronsförde, Rothebeck, Krummesse, Vorrade, Strecknitz, Wulfsdorf, Beidendorf, Blankensee)
- eine weitere Abteilung für die Stadtteile Buntekuh, Moisling (mit Genin, Nienendorf/Moorgarten, Reecke, Oberbüssau, Niederbüssau, Schiereichenkoppel).

Es ist eine gegenseitige Vertretung auf Abteilungsleitungsebene vorgesehen.

Frau Kramm schlägt vor, dieses komplexe Thema in einer der nächsten Sitzungen genauer darzustellen.

zu 4.2.7 Nachbarschaftsbüros der Hansestadt Lübeck

Frau Reichel erklärt, dass der Jahresbericht der Nachbarschaftsbüros umverteilt wurde, der alle 2 Jahre erstellt wird.

Weiterhin berichtet sie vom Fachtag „Sozialer Zusammenhalt in Nachbarschaften“, der am 26.02.2018 stattgefunden hat. Der Fachtag wurde von den Nachbarschaftsbüros, zusammen mit der Stadtplanung, der Stadtentwicklung und den Wohnungsbauunternehmen organisiert.

zu 4.2.8 Anfrage nach legalen Graffiti-Flächen (aktueller Stand)

Im letzten Jugendhilfeausschuss wurde der Bedarf von Jugendlichen nach legalen Graffiti-Flächen deutlich. Frau Reichel berichtet, dass ein Kollege aus dem Jugendzentrum Burgtor bereits Kontakt mit einem Kollegen vom Gebäudemanagement aufgenommen hat, der sich mit diesem Thema beschäftigt und entsprechende Flächen ausfindig macht. Aus bisherigen Erfahrungen ergibt sich, dass die fachliche Betreuung am kostenintensivsten ist.

zu 4.2.9 Ausschusssitzungen zw. dem 06.05. und der konstituierenden Sitzung der Bürgerschaft

Frau Kramm informiert, dass die Zusammensetzung der Ausschüsse auch nach der Kommunalwahl bestehen bleibt. Die Ausschussmitglieder bleiben bis zur konstituierenden Sitzung der Bürgerschaft, bzw. zum Zusammentritt der neugewählten Ausschüsse in ihrem Amt.

zu 5 Berichte

zu 5.1 Bericht auf Grundlage von VO Nr. 5496 aus der Bürgerschaftssitzung vom 30.11.17
Austauschvorlage zu VO 2017/05171 - Bericht zu der Entwicklung einer Jugendberufsagentur in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2018/05797

Herr Klüssendorf begrüßt den Schulrat Herrn Daus im Ausschuss und erteilt ihm einleitend zum Thema das Wort. Herr Daus weist darauf hin, dass eine grundsätzliche Beteiligung des Schulamtes bei dem Thema Ganztage auch im Jugendhilfeausschuss wünschenswert und sinnvoll wäre.

Herr Daus berichtet anhand einer Präsentation über die Schüler und Schülerinnen ohne Schulabschluss. Diese Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Auf Nachfragen von Frau Mentz, Frau Grädner, Frau Eitel und Herrn Müller antwortet Herr Daus.

Frau Kuring-Arent berichtet, dass viele Schulabsentisten häufig in Maßnahmen der Jugendhilfe sind und ob zu diesem Thema erneut und ausführlich berichtet werden könnte. Dies sagt Herr Daus zu.

Herr Puhle regt an, einmal jährlich eine gemeinsame Sitzung von Schul- und Sport- und Jugendhilfeausschuss stattfinden zu lassen. Frau Weiher weist darauf hin, dass gemeinsame Themen mit Berührungspunkten gefunden werden müssen. Herr Karschny, dem das Wort durch den Ausschuss erteilt wurde, verweist auf die Workshop-Diskussionen zum Thema Absentismus.

Herr Glenk erklärt kurz die Entstehung des Berichtes zur Jugendberufsagentur und erläutert die Zusammensetzung der Steuerungs- und Planungsgruppe.

Die Eröffnung der Jugendberufsagentur soll im Schuljahr 2018/2019 erfolgen.

Auf eine Nachfrage von Herrn Puhle zur Finanzierung und zum Personal erklärt Herr Glenk, dass es sich um einen noch nicht abgeschlossenen Prozess handelt. Die Möglichkeit vorhandenes Personal zu nutzen muss noch abschließend geklärt werden. Die betroffenen Bereiche sollen dadurch jedoch nicht geschwächt werden.

Frau Weiher bedankt sich bei Herrn Glenk für die Koordination. Sie spricht sich dafür aus, dass das bedarfsgerechte und fachlich mit den verschiedenen Partnern so differenziert abgestimmte Konzept nicht an einzelnen Personalstellen scheitern möge. Sie appelliert in diesem Zusammenhang an die parteiübergreifende Unterstützung im Interesse der betroffenen Jugendlichen.

Frau Kramm weist zum Thema mögliche Finanzierung von Personalbedarf auf die Anlage 1 der Vorlage hin.

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft nimmt den Bericht zur Einrichtung einer Jugendberufsagentur Lübeck in Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern auf der Grundlage des der Bürgerschaft am 30. 11. 2017 (VO 2017/05314) vorgelegten Konzeptes zur Kenntnis.

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 Integrationsmonitoring
Indikatoren zum Stand der Integration in der Hansestadt Lübeck

Zwischenbericht 2016/2017
Vorlage: VO/2018/05793

Herr Köhler von der Stabsstelle Migration stellt sich kurz vor und erläutert die Struktur des Berichtes.

Auf eine Nachfrage von Frau Mentz zu der Zahl der untergetauchten Personen auf Seite 8 des Berichtes, sagt Herr Köhler eine nachträgliche Beantwortung zu.

Auf eine Nachfrage von Frau Mentz wie viele Kinder aus den Unterkünften in einer Kita sind, verweist Frau Heidig auf den Bericht zur Jugendhilfeplanung, aus dem dies hervorgehen wird.

Beschluss:

Beschluss zum „Integrationskonzept der Hansestadt Lübeck“ vom 23.02.2012, Drs. Nr. 594 zu Punkt 13.8 der Tagesordnung:

(...)

5. Die Verwaltung wird aufgefordert, zur Sichtbarkeit und Steuerung des Integrationsprozesses, ein Integrations-Monitoring auf der Basis der Leit- und Teilziele zu entwickeln.

(...)

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 6 Beschlussvorlagen

**zu 6.1 Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung (Bedarfsplan i.S. v. § 7 KiTaG)
Maßnahmenplanung Kindergartenjahr 2018/19 ff.
Vorlage: VO/2018/05729**

Frau Heidig erklärt, dass der Bericht auf Grundlage der Erhebung vom 31.12.2017 in der Vorlage noch nicht enthalten ist, dass den Trägern aber bereits Planungssicherheit gegeben werden soll. Die Erweiterung von Öffnungszeiten ist in dieser Vorlage aufgeführt, zusätzliche Gruppen und Umwandlungen sind enthalten. 2 neue Einrichtungen in den neuen Wohngebieten Rothebek und Kepler-Quartier wurden bereits 2017 beschlossen.

Frau Mentz stellt den Antrag folgenden Satz auf der Seite 5, ganz unten der Vorlage, streichen zu lassen: „Die Horte der Kindertagesstätten sollen mittelfristig auslaufen.“

Herr Klüssendorf erklärt, dass dieser Satz dem vorher gefassten Beschluss unter TOP 8.4 nicht widerspricht. Es entsteht eine Diskussion, ob dieser Satz aus der Vorlage gestrichen werden soll. Es sprechen Frau Mentz, Frau Grädner, Herr Müller, Frau Heidig und Frau Fahl. Frau Schulte-Ostermann von der Initiative Hortretter meldet sich zu Wort. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Frau Schulte-Ostermann widerspricht.

Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Frau Schulte-Ostermann ist der Meinung, dass die Bedarfe der Familien nicht gedeckt werden, wenn die bestehenden Horte geschlossen werden.

Eine erneute Diskussion um den Erhalt der Horte beginnt. Herr Puhle und Frau Kuring-Arent sprechen.

Herr Klüssendorf beendet die Debatte mit dem Verweis auf die vielen Diskussionen, die zu diesem Thema bereits im Ausschuss geführt wurden und nicht noch mal wiederholt werden müssen.

Er lässt über den Antrag zur Streichung des folgenden Satzes abstimmen „Die Horte der Kindertagesstätten sollen mittelfristig auslaufen.“

Der Ausschuss lehnt die Streichung des Satzes mehrheitlich ab.

Ja-Stimmen: 2

Nein-Stimmen: 7

Enthaltungen: 0

Herr Klüssendorf lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die in der Begründung dargestellten Maßnahmen (s. Tabelle kurz- mittelfristige Maßnahmen) werden in den Bedarfsplan i. S. v. § 7 KiTaG aufgenommen
2. Der gesamtstädtische Mehrbedarf im Haushaltsjahr 2018 für die Umsetzung der Maßnahmen beträgt 159.450,65 Euro.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Ja-Stimmen: 7

Nein-Stimmen: 1

Enthaltungen: 1

zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

Es liegt nichts vor.

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8.1 AM Katja Mentz (GAL): Bedarfsgerechte Kinderbetreuung und mögliche Synchronisierung von Schließzeiten Vorlage: VO/2017/05519

Herr Jürgensen erläutert kurz die Situation in Lübeck, im Vergleich zu Kiel. Frau Mentz fragt

nach, ob im Einzelfall zusätzliche Einzelbetreuungsstunden nachgebucht werden könnten. Grundsätzlich ist dies möglich aber nur im Rahmen des vorhandenen Personals.

Herr Weise macht deutlich, dass solche Zubuchungen in der künftigen Planung Berücksichtigung finden sollten. Frau Heidig erklärt, dass die Lübecker Kitaträger so flexibel sind, dass erweiterte Betreuungsmöglichkeiten im Einzelfall bereits abgedeckt werden können.

Frau Mentz erklärt, dass sich der Antrag somit erledigt hat.

zu 8.2 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Antrag des Ausschussmitglieds Anka Grädner - Betreuungsbedarf in Kindertageseinrichtungen feststellen Vorlage: VO/2018/05682

Frau Heidig erklärt, dass statistische Daten ein normales Instrument für die Jugendhilfeplanung sind. Viele Faktoren werden bei der Planung berücksichtigt und dieses Verfahren hat sich bewährt.

Auf eine Nachfrage von Frau Grädner erklärt Frau Heidig, dass über die dem Ausschuss bereits vorliegende Elternbefragung hinaus keine weitere Abfrage der Bedürfnisse der Eltern geplant ist. Die Elternbeteiligung erfolgt direkt in den Kitas in den Beiräten und wird über die Träger an die Verwaltung weitergeleitet. Weiterhin gibt es bundesweite Untersuchungen von verschiedenen Institutionen, die genutzt werden. Zudem wird eine Vielzahl von fachlichen Einzelgesprächen vor Ort geführt.

Herr Jürgensen ergänzt, dass sich der gesetzliche Betreuungsauftrag auf eine objektivierbare Bedarfslage bezieht und diese vom örtlichen Träger zu erfüllen ist.

Eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit von Elternbefragungen entsteht. Es sprechen Herr Klüssendorf, Frau Grädner, Frau Kramm, Herr Müller und Frau Heidig.

Herr Klüssendorf lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung Fachbereich 4 möge in Zusammenarbeit mit dem Bereich Statistik ein Verfahren entwickeln, dass (fortlaufend jährlich aktualisiert) den Bedarf an Betreuungsangeboten für Kinder im Alter von 0-14 Jahren feststellt (Krippe, Kita, Hort, Tagespflege, I-Kinder).

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Ja-Stimmen: 2

Nein-Stimmen: 7

Enthaltungen: 0

zu 8.3 Dringlichkeitsantrag AM Katja Mentz & AM Anka Grädner: Interessenvertretung der Kindertagespflege im Jugendhilfeausschuss Vorlage: VO/2018/05868
--

Herr Klüssendorf erklärt, dass der Antrag dahingehend geändert werden muss, dass der

Ausschuss eine Empfehlung an die Bürgerschaft gibt und dass die Satzung des Jugendamtes entsprechend von der Bürgerschaft geändert werden müsste.

Herr Jürgensen würde diesen Antrag gerne durch das Rechtsamt genau prüfen lassen, bevor darüber entschieden wird.

Auf eine Nachfrage, wie die beantragten Vertretungen gewählt werden erklärt Herr Weise, dass dies auf Landesebene nicht geregelt ist und daher auf Gemeindeebene entschieden werden kann.

Herr Puhle schlägt vor, aus diesem Antrag einen Prüfauftrag an die Verwaltung zu machen, über den dann in der Bürgerschaft beschlossen werden kann.

Herr Klüssendorf lässt darüber abstimmen, ob aus dem Antrag ein Prüfauftrag gemacht werden soll.

Der Ausschuss stimmt einstimmig der Änderung in einen Prüfauftrag zu.

Ja-Stimmen: 9

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Herr Klüssendorf lässt über den geänderten Prüfauftrag abstimmen:

Beschluss:

Die Verwaltung möge prüfen, ob die Kindertagespflege zwei beratende Sitze im Jugendhilfeausschuss erhalten kann für

a) eine Elternvertretung von Kindern, die in der Kindertagespflege betreut werden und deren Stellvertretung sowie

b) für eine Vertretung der Kindertagespflegepersonen und deren Stellvertretung.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Ja-Stimmen: 9

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

zu 8.4 Dringlichkeitsantrag des AM Tim Klüssendorf: Horte erhalten Vorlage: VO/2018/05872
--

Aufgrund der inhaltlichen Übereinstimmung wird der Tagesordnungspunkt zusammen mit TOP 4.1 beraten.

Die inhaltliche Beratung ist unter TOP 4.1. protokolliert.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft:

Die bestehenden Hortplätze werden mindestens solange erhalten, bis die Qualität in der Betreuung am Ganztage in Schule erreicht ist.

- Die entstehenden Mehrkosten, für den Erhalt der Hortplätze sowie den Ausbau Ganztage an Schule im Sinne des o.g. Beschlusses, werden im Haushalt der Hansestadt Lübeck zusätzlich bereitgestellt.
- Die Verwaltung erarbeitet einvernehmlich mit allen betroffenen Trägern ein Umsetzungskonzept im Sinne des o.g. Beschlusses und legt dies anschließend dem Jugendhilfeausschuss im Juni zur Beratung vor.
- Es wird über die AG §78 eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die offene fachliche Fragen im Austausch zwischen Politik und den betroffenen Trägern der freien Jugendhilfe erörtert.
- Die Verwaltung berichtet, welche finanziellen Auswirkungen es hat, wenn an jedem Standort im Rahmen des Ganztages eine Ganztagsgruppe –Plus eingerichtet wird.
- Die Verwaltung richtet umgehend eine Taskforce zum Thema „Bau im Rahmen von Kitas und Ganztage“ unter Einbeziehung freier Träger ein.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß geändertem Antrag zu beschließen.

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

zu 9	Verschiedenes
-------------	----------------------

Frau Weiher bedankt sich bei Herrn Klüssendorf für die gute Zusammenarbeit im Ausschuss. Herr Klüssendorf bedankt sich bei den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses und der Verwaltung für die jahrelange konstruktive Arbeit im Ausschuss.

Lübeck, den 4. Juni 2018

Tim Klüssendorf
Vorsitzende/r

Dana Gladasch
Protokollführung